

JETZT IST SCHLUSS - SO GEHT ES NICHT WEITER!
Aufruf zu einer außerparlamentarischen dezentralen Aktionswoche vom
bis ... 2006 und eine Großdemonstration In Berlin am Samstag den ...

**Gemeinsam gegen das 35 Milliarden Sparprogramm und den fortgesetzten
Sozialkahlschlag! Keine Sanierung der Staatsfinanzen auf Kosten der
Lohnabhängigen und Bedürftigen !**

Es war klar: Die Spar und Sozialkahlschlagorgien zugunsten der Reichen und Konzerne sollten weitergehen, ganz gleich wie die Regierung nach den Bundestagswahlen zusammengesetzt sein würde! Schließlich haben wir es schon seit mehreren Jahren mit einer de facto großen Koalition des Sozialkahlchlages und "Sparens" zu tun, die sich jetzt auch offiziell herausgebildet hat. Alle im Bundestag vertretenen Parteien außer der Linkspartei sind dem neoliberalen Programm der EU verpflichtet!

Wir lehnen die bisher ersichtlichen Vorhaben der zukünftigen Regierung der großen Koalition und das Programm der Unternehmerverbände ab, insbesondere:

. die Umsetzung der Bolkestein-Richtlinien . die Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre . die Einschränkung des Kündigungsschutzes . die Erhöhung der Mehrwertsteuer auf bis zu 20 %

Für uns haben die Forderungen des "Frankfurter Appells" vom Jan. 2004, die in der Bewegung nach der Großdemonstration am 1. November 2003 in Berlin entwickelt wurden, nichts von Ihrer Aktualität eingebüßt. Im Gegenteil! Wir treten auch heute für diese Forderungen ein:

- einen gesetzlichen Mindestlohn, der zum Leben reicht, mindestens 10 EURO die Stunde
- ein ausreichendes garantiertes Mindesteinkommen für alle Erwerbslosen, ohne Bedürftigkeitsprüfung
- 30-Stundenwoche bei vollem Lohn- und Personalausgleich
- die Senkung des Renteneintrittsalters auf 60 Jahre ohne Abschläge
- eine einheitliche, Bedarf deckende Krankenversicherung
- die Rücknahme der Gewinnsteuersenkungen und die Wiedereinführung einer Vermögenssteuer
- uneingeschränkter Zugang zu- und den Ausbau von Bildungs-, Erziehungs- und Kultureinrichtungen (keine Studiengebühren und andere Gebührenerhöhungen, keine Eliteuniversitäten
- keine Privatisierung der Sozialversicherung und der öffentlichen Einrichtungen
- qualifizierte Ausbildungsplätze für alle Jugendlichen

Unseren Aktionsaufruf richten wir an alle Verbände, Institutionen und Organisationen, Parteien und Initiativen, die sich sozialer Gerechtigkeit und den Interessen der Lohnabhängigen verpflichtet sehen, vor allem an die Gewerkschaften. Wir, die TeilnehmerInnen der Konferenz, rufen alle diejenigen auf, die vom Sozialkahlschlag, dem 35 Milliarden Sparprogramm sowie dem generellen Abbau von Arbeitnehmerrechten betroffen sind:

- Zeigen wir der neuen Regierung und Unternehmern wo der Hammer hängt!
- Die Regierenden haben kein Mandat zur Fortsetzung der Spar und Sozialkahlschlagspolitik im Sinne der Agenda 2010! Im Gegenteil!
- Weisen wir die skandalösen Verleumdungs- und Diffamierungskampagne gegen Arbeitslose und Hartz IV-EmpfängerInnen (die z. T. im Nazi-Jargon als "Parasiten" bezeichnet werden) aus dem Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit und die nachfolgende Medienhetze mit einer fantasievollen Mobilisierungs-Kampagne, die in einer Großdemonstration in Berlin münden soll, zurück!!

Für die Frühjahrskampagne sollten wir überall Initiativen und breite Aktionseinheiten bilden. Nur gemeinsam können wir so viel Druck erzeugen, dass dem weiteren Sozialkahlschlag Einhalt geboten wird.
Frankfurt/M, 19/20.11.05